

Meinung

Champions League So läuft's Business

CHRISTIAN SCHWAGER

Pfroffußball ist ein Geschäft, klar: Verkauft wird die Ware Sport, hergestellt in abgestufter Qualität. Die Champions League gilt als höchste Stufe, bringt am meisten Geld; und je weiter ein Anbieter kommt, desto mehr.

Deshalb hat Borussia Mönchengladbach nach einem Ort für das Heimspiel nächste Woche gegen Manchester City gesucht. Die Gäste dürfen nicht nach Deutschland kommen, wegen Corona gilt ein Einreiseverbot für Briten. Jetzt weichen auch die Gladbacher nach Ungarn aus. Sie sagen: Wir nehmen es, wie es kommt, zu Hause spielen wir ja auch ohne Fans.

Haben sich die Borussen die Sache mit diesem Spielort aber auch gut überlegt? RB Leipzig hatte sein Heimspiel gegen den FC Liverpool zuvor schon nach Budapest verlegt. Das erweist sich als geschäftschaudig, weil schlecht fürs Image: In Ungarn hat Premierminister Viktor Orbán das Sagen, ein Nationalist, ein Corona-Verharmloser noch dazu.

Kaum besser wäre Katar, aber das liegt ja ohnehin nicht in Europa. Der FC Bayern ist dorthin aufgebrochen, um bei der Klub-WM aufzutreten. Wieder gab es Aufregung, nicht wegen der Verletzungen von Menschenrechten im Land, sondern weil das Flugzeug verspätet von Berlin aus dorthin abhob.

Dabei ist jede Reise in Pandemie-Zeiten eine Reise zu viel, sie kann zur Verbreitung des Virus beitragen. Jedes Geschäft gilt es deshalb gegen das Infektionsrisiko abzuwählen. Jedes Geschäftsgeschenk verdient eine Überprüfung, die Rolle der europäischen Fußball-Union (Uefa) etwa, deren Regularien Teams mit Niederlagen am grünen Tisch bestrafen, wenn sie nicht antreten. Diejenigen, die vor allem prüfen sollten, sind die Konsumenten der Ware Sport. Sie bezahlen. Auch jene, die das gern mal vergessen. Die das Geschäft kritisieren - und trotzdem fasziniert zuschauen.

Mietendeckel Unerwarteter Lichtblick

ULRICH PAUL

Je näher die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Mietendeckel rückt, umso stärker geraten mögliche Folgen in den Blick. Für Berlins Mieter könnten diese gravierend sein. Denn falls das Bundesverfassungsgericht in seinem für das zweite Quartal dieses Jahres angekündigten Urteil den Mietendeckel kippen sollte, drohen hohe Nachforderungen der Vermieter. Nicht in jedem Fall, aber immerhin bei einem ungünstigen Ausgang des Verfahrens.

Dass alle Mieter den Rat beherzigen, das eingesparte Geld bis zur Entscheidung zurückzulegen, um auf Nachforderungen vorbereitet zu sein, ist nicht anzunehmen. Es dürfte also Haushalte geben, die - vorausgesetzt, das Gericht kippt den Preisdeckel - jäh in Geldnot geraten. Da stimmt es hoffnungsvoll, dass mit den beiden börsennotierten Wohnungsunternehmen Vonovia und Deutsche Wohnen zwei der großen Privatvermieter Kulanz andeuten.

So erklärt die Vonovia, dass sie sich „nicht vorstellen“ könne, „ganz normal zum Tagesgeschäft zurückzukehren und die entgangenen Mietzahlungen von allen einfach nachzufordern“. Und die Deutsche Wohnen gibt zu Protokoll, „in einigen Fällen individuelle Lösungen finden“ zu wollen, „damit Mieter nicht überfordert werden“. Diese Äußerungen sind nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie vonseiten zweier Unternehmen kommen, die ansonsten für eine renditeorientierte Wohnungspolitik stehen. Sondern auch, weil den Unternehmen durch den Mietendeckel zunächst Einnahmen weggenommen werden.

Anderer Vermieter halten sich in dieser Situation nicht lange damit auf, an die Nöte ihrer Mieter zu denken. Da ist jede Form von Verantwortungsgefühl, erst recht von unerwarteter Seite, ein Lichtblick. Am Ende zählen freilich die Taten.



Dauerhaft festgefroren

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Zitat

„Wir brauchen eine neue Generation von Superstars, nicht nur, weil eine Generation von Superstars - meine Generation - älter wird, in den Ruhestand geht und wegsterbt.“

Sir Elton John,
britischer Musiker,
fordert Hilfe für junge Künstler, die mit den Folgen des Brexits zu kämpfen haben.

Auslese

Ein großer Fortschritt

Zahlreiche Kommentatoren blicken Anfang der Woche nach Den Haag: Dort hat der Internationale Strafgerichtshof sich für zuständig erklärt, Ermittlungen in den Palästinensergebieten zu führen. Die *Badische Zeitung* lobt die Richter: „Der Strafgerichtshof hat nach über sechsjährigen Beratungen endlich entschieden, Verfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zu eröffnen - ein großer Fortschritt.“

Die Menschenrechtsnormen, die nach 1945 vereinbart wurden, gälten universell und ausnahmslos für alle, so das Blatt weiter. „Und wichtig: Die Entscheidung des ISGH ist nicht einseitig gegen Israel gerichtet.“

Diesen Aspekt greift auch die *Süddeutsche Zeitung* auf: „Israel hat als Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten unabhängige Ermittlungen zu befürchten. Denn Vergehen ihrer Soldaten werden nicht immer geahndet. Aber auch die radikalislamische Hamas, die aus dem Gazastreifen mit Raketenangriffen Israel terrorisiert, muss mit Ermittlungen rechnen.“

Nur wenn der Strafgerichtshof gegen beide Seiten unvoreingenommen agiere, so die SZ, „stellt die Institution ihre Unabhängigkeit unter Beweis“. (chs.)

Lockdown Es gibt keine Alternative



MIRAY CALISKAN

In der Pandemie geht es um uns alle. Und es ist kein diktatorischer Weg, den die Bundesregierung geht. Es ist eine Ausnahmesituation. Die Grundrechte werden nicht geopfert. Sie stehen für eine absehbare Zeit nur nicht an oberster Stelle. Und sogar dieser Satz klingt absurd. Das Wohl aller muss über allem stehen. Darüber sind sich die meisten Menschen einig. Der Beweis? Ihre Geduld.

Weiter heißt es von vielen Kritikern der Maßnahmen in Richtung Medien: Es werde nicht genug kritisiert. Natürlich wird es das! Dass die Händler ihre Betriebe schließen mussten und noch heute auf die versprochenen „schnellen“ Staatshilfen warten. Dass die Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut werden, und ihre Angehörigen in der Impfverordnung schlachtweg vergessen wurden. Dass die Bundesländer

nicht genau wissen, wie viel Impfstoff sie in den kommenden fünf Wochen zur Verfügung haben werden. Dass viel zu viele Tage vergehen, ehe eine Infektion nachweislich festgestellt und die betroffene Person kontaktiert wird. Dass Krankenhäuser dichten müssen, während das gesamte Gesundheitssystem unter den vielen Kranken ächzt. Und wo bleibt die Anerkennung für das, was Familien leisten? All dies wird heftig und auch völlig zu Recht kritisiert - und all dies muss auch sofort angegangen werden.

Und ja: Es wird in der Pandemie auch ständig nach Alternativen gesucht, sie werden ebenfalls medial diskutiert. Fakt ist nur leider, dass der Lockdown light nicht funktioniert hat. Die Bundesregierung hat erst einmal diesen Weg gewählt, weil es großartig gewesen wäre, wenn mit weniger harter Maßnahmen das Infektionsgeschehen hätte kontrolliert werden können. Konnte es aber nicht.

Weil die Situation so lange anhält, verlieren viele Menschen nun das Vertrauen in die Regierung. Das ist menschlich. Nur geht es wenigen darum, dass sie ihre Grundrechte in Gefahr sehen. Sondern den meisten, dass sie diese Zittersituation nicht länger aushalten und Planungssicherheit brauchen. Und auch da muss die Politik handeln.

Substanzielle Aussagen zum Komplex Freiheit gegen Lockdown tragen weniger zur Diskussion bei als zur Spaltung der Gesellschaft. Leider glauben viele Menschen, sobald der Regierung die Schuld an allem gegeben wird: Endlich sagt einer die Wahrheit! Ich meine: Soll irgendjemand seine Alternative doch mal darlegen, etwa darüber, wie Sars-CoV-2 in das alltägliche Leben integriert werden kann - und gleichzeitig die Neuinfektions- und Todeszahlen gesenkt und auch unten gehalten werden.

Der Lockdown wirkt. Das erkennt man an den blanken Zahlen. Wer anderes behauptet, hat keine Ahnung.

Kolumnen

Glücklich geimpft in Berlin

GÖTZ ALY

Am vergangenen Donnerstag wurde meine schwerbehinderte Tochter Karoline, 41, gegen Corona geimpft. Ein Glück - nach doch ziemlich komplizierten, für die Beteiligten immer wieder belastenden Monaten. Sie lebt seit einigen Jahren in einer Wohngemeinschaft, die ein freier Träger betreibt. Dieser ermöglicht an mehreren Orten und in unterschiedlicher Weise das begleitete oder betreute Wohnen für solche Menschen, die das eben brauchen.

Insgesamt umsorgt dieser Trägerverein derzeit 146 sehr unterschiedliche Menschen verschieden Alters. Das Konzept sieht relativ kleine Wohngebiete inmitten von Wohngebieten vor. So soll das Leben derer, die es dauerhaft nicht leicht haben, im Alltag der Normalität unübersehbar und zum Bestandteil der Normalität aller werden. (Da lässt sich nach meiner Erfahrung noch einiges tun.)

Nun also wurden alle „Bewohner*innen“ geimpft, so reden die einen, andere sprechen von „unseren Klienten“. Auch der Begriff „Wohnsitz“ ist geläufig.

Nach kurzer Vorbereitungszeit und dem Herrichten zweier ambulanter Impfzentren in kleinen Versammlungsräumen zweier Wohnstätten rückten am vergangenen Donnerstag zwei mobile Impfteams der Senatsverwaltung für Gesundheit an: je zwei Ärzte und vier Bundeswehrsoldaten. Als Termin für die zweite Impfung steht der 25. Februar fest.

Den Ort des Geschehens durfte ich natürlich nicht betreten, schaute aber durchs Fenster. Als eine Soldatin nach draußen kam, wurde sie von mir mit den Worten begrüßt: „Ich verbeuge mich vor der Bundeswehr.“ - „Das ist nicht nötig“, meinte die feldmarschäugig Kleidete. Auf meine Frage, ob hier Sanitätsoldaten eingesetzt seien, erwiderte sie: „Nein, wir sind richtige Soldaten.“ - „Und, wie finden Sie es hier in dieser Einrichtung?“ - „Wir waren bisher nur in Altenheimen eingesetzt, aber die Leute hier, die sind ja richtig lustig. Das macht Spaß.“ (Erinnern Sie sich noch, liebe Leser, wie sich das von den Grünen geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg wei-

gte, das Gesundheitsamt mit den bereitstehenden Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr zu verstärken? Unglaublich! Kindisch.)

Am Ende der glücklichen Impfaktion waren insgesamt 15 Biontech-Dosen übrig. Aber nicht lange. Zunächst wurden die vor einigen Wochen zu Schnelltestern geschulten Mitarbeiter des Trägervereins geimpft, die das Personal zweimal wöchentlich durchtesten. Die restlichen Dosen verimpften die Ärzte an die anwesenden Mitarbeiter nach dem Prinzip „die Ältesten zuerst“.

All das verlief höchst vernünftig, sehr freundlich und zugewandt. Solches berichten übrigens auch und geradewegs begeistert über 80-jährige Damen, die derzeit per Taxi auf Kosten des Senats in die großen Impfzentren chauffiert werden: „Lauter nette Leute! Sehr angenehm!“

Die Eltern der nunmehr geimpften, überwiegend jüngeren Leute, die in den genannten Wohnungen für Behinderte leben, sprachen in ihren Rund-E-Mails von einer „Riesenerleichterung“, von „einer Sorge weniger“, vom „Glück der Entspannung“ und von „allseits gehobener Stimmung“.

Wer hat uns das ermöglicht? Hier wirkten Forschergeist, eine leistungsfähige Pharma-industrie, die EU, die Bundesregierung und der Senat von Berlin sowie die Bundeswehr zusammen. Lassen wir das bilige Gemeckere über „die da oben“. Wir danken ihnen eine Menge.

Berliner Zeitung

PFLEGBLAFF DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Meier
Mitglied der Chefredaktion: Margit J. Mayer (VISdP),
Maurice Frank (englische Ausgabe)

Textchefin: Bettina Cosack

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmood, Tobias Miller

Reporter: Ruth Schneebberger, Jan Schmidt

Ressorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Meier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur & Stil: Margit J. Mayer, Harry Nutt, Dr. Sabine Röthig, Dr. Tomasz Kuranowicz

Leben & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneeburger

Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetholdt

News: Philippe Debonne

Chef Fotoredaktion: Paul Ponizak

Die für jeweilige Ressort an erster Stelle benannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chief Print: Ingo Preißler

Chef Art Direction: Stephanie Franziska Scholz

Print Art Direction: Annette Tiedje

Chef Open Source: Dr. Peter Kohse

Leserbrieftelefon: +49 30 63 33 45-457

E-Mail: leser-bz@berliner-verlag.com

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH, Berlin24 Digital GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein (Vorstand), Tobias Miller, Berlin24 Digital GmbH

Dr. Mirko Schiebelbein (Vorstand), Tobias Miller, Berlin24 Digital GmbH

Alte Jakobstr. 105, 10835 Berlin;

Telefon: +49 30 23 27-77; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenagenturen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich

Postfach 11 05 05, 10835 Berlin;

E-Mail: kundenservice@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 30, gültig seit 1.1.2019.

Druck: BVZ Berliner Zeitung GmbH, Geschäftsführung: Steffen Helmstroth, Holger Friedrich

Am Wasserstr. 11, 10365 Berlin, Internet: www.berliner-zeitung.de

Leserservice: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung erscheinen sechs Mal in der Woche. Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikel auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite abos@berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Entschiadigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsbarkeit Berlin-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.

Die Berliner Zeitung erreicht laut Mediaanalyse 2019 in Berlin und Brandenburg täglich 267 000 Leser.